



Medienkommentar

# Soll das Schweizer Volk in die EU gezwungen werden?



**83% der Schweizer Bevölkerung hat sich gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen? Und haben sie gewusst, dass die Schweiz - trotz des klaren EU-Neins des Volkes - faktisch in die EU gezwungen werden soll? Wie das?**

Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer. Haben Sie gewusst, dass gemäss der Studie «Sicherheit 2014» der ETH Zürich lediglich 17 Prozent der Schweizer einen Beitritt zur EU befürworten? Das heisst, 83% der Schweizer Bevölkerung hat sich gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen? Und haben sie gewusst, dass die Schweiz - trotz des klaren EU-Neins des Volkes - faktisch in die EU gezwungen werden soll? Wie das?

Da ein EU-Beitritt via Volksabstimmung chancenlos ist, manipulieren „EU-verbündete Bundesräte“ die Schweiz via Salamtaktik in die EU. Unbemerkt soll die Schweiz grosse Teile des EU-Rechts automatisch übernehmen. Hier einige Hintergrundinformationen:

- Seit 1957 regelt die Schweiz ihre Beziehungen mit den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft – ab 1992 mit der EU – über „bilaterale Verträge“.
- Am 18.Mai 1992 reichte der Bundesrat entgegen dem Willen der Bürger das EU-Beitritts-gesuch ein. Bis heute hält er daran fest.
- Nur ein halbes Jahr später, am 6.Dezember 1992, sagten die stimmberechtigten Schweizer NEIN zum Europäischen Wirtschaftsraum, dem EWR.
- Seit 2006 äusserte nun die EU Kritik an den bilateralen Verträgen, obwohl faktisch gesehen die bilaterale-n Verträge der EU mehr Vorteile bringen und die Schweiz notfalls auch ohne diese Auskommen könn-te.
- Mit irreführenden Worten wie „dynamische“ Rechtsangleichung und „vereinfachte“ Verträge wird das Volk hinters Licht geführt und durch einen sogenannten „Rahmenvertrag“ schleichend in die EU gezwungen.
- Deswegen entstand das „Überparteiliche Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt“, welches sich vehement gegen den Rahmenvertrag einsetzt. Dieser sei nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag. Der Bundesrat wolle damit unser Land an die Strukturen der EU fesseln, was einem EU-Beitritt faktisch gleichkommt.

Meine Damen und Herren, über den Rahmenabkommen-Betrug, und was genau ein Rahmenvertrag ist, in-formiert Sie in Kürze der nun folgende 4-minütige Film des „Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt“. Verbreiten Sie diesen aufschlussreichen Kurzclip in Ihrem Bekanntenkreis. Weitere detaillierte Aspekte zum Thema finden Sie auch in unserer Sendung vom 2. April 2015 – unter dem Titel „Der Rahmenabkommen-Betrug“. Guten Abend.

von dd.

---

## Quellen:

<http://www.news.ch/Schweizer+Bevoelkerung+fuehlt+sich+sicher/627656/detail.htm>  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Bilaterale\\_Vetr%C3%A4ge\\_zwischen\\_der\\_Schweiz\\_und\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union#cite\\_note-45](https://de.wikipedia.org/wiki/Bilaterale_Vetr%C3%A4ge_zwischen_der_Schweiz_und_der_Europ%C3%A4ischen_Union#cite_note-45)

<http://www.kla.tv/5673>

<http://www.kla.tv/4176>

<http://www.eu-no.ch/>

---

### Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

### Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.